

DER PLAN



**MEHR WACHSTUM BRAUCHT
DAS LAND!**

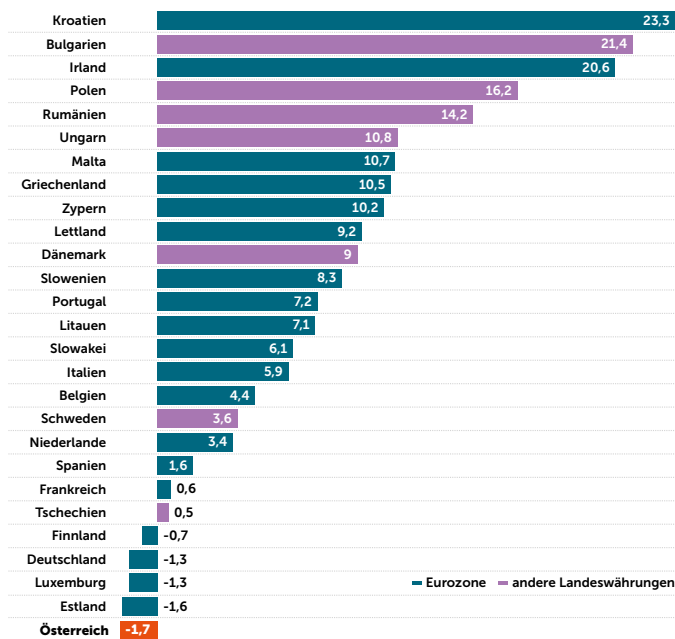
Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck und kein Fetisch neoliberaler Ökonomen oder raffgieriger Unternehmer. Ein höherer Lebensstandard ist ohne Wachstum nicht erreichbar. Auch sozial- und klimapolitische Errungenschaften rücken ohne Wirtschaftswachstum in weite Ferne. Wir präsentieren die Hebel, an denen die künftige Regierung ansetzen muss, um den Turbo wieder zu zünden.

Österreich blickt auf fünf verlorene Jahre zurück. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ging seit 2019 um 1,7 Prozent zurück (vgl. Abbildung 1). Damit trägt Österreich im EU-Vergleich die rote Laterne. Sogar das in Selbstauflösung befindliche Deutschland schaffte im selben Zeitraum einen etwas besseren Wert: immerhin minus 1,3 Prozent. Wollten wir nicht vor kurzem noch das bessere Deutschland sein? Stattdessen tanzen wir den Wachstumslimbo: Wer schafft es weiter nach unten?

Abb. 1: Wachstum seit 2019

Fünf verlorene Jahre

– Veränderung des realen BIP pro Kopf, 2019 bis 2024 in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Europäische Kommission.
Anmerkung: Prognose der Europäische Kommission für das Jahr 2024. Veränderung des realen BIP in Landeswährungen. Länder in Lila sind keine Mitglieder der Eurozone, daher kann es zu Wechselkurschwankungen kommen.



Nun ist die scheidende Bundesregierung nicht schuld an Corona oder am Ukrainekrieg. Doch erstens kamen alle anderen EU-Länder offenbar besser damit

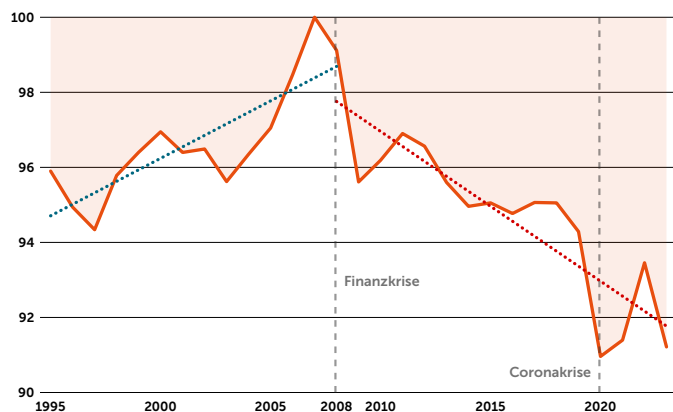
zurecht und zweitens ist der Abwärtstrend schon länger erkennbar. Das Potenzialwachstum ist seit den 1990er-Jahren rückläufig. Bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten ist in Österreich kein Wachstum von deutlich mehr als einem Prozent pro Jahr zu erwarten.¹ Das ist viel zu wenig und liegt vor allem daran, dass Österreich immer weniger aus seinen Möglichkeiten macht.

Abbildung 2 stellt das Ergebnis einer sogenannten Effizienzanalyse dar: Dabei werden der Kapitalstock eines Landes und die geleisteten Arbeitsstunden innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis gesetzt. Über ein Benchmarking mit den restlichen EU-Ländern lässt sich dann bestimmen, welches Bruttoinlandsprodukt wir mit unserem Faktoreinsatz eigentlich erreichen müssten und wie weit wir tatsächlich hinter dieser Effizienzgrenze zurückbleiben. Wir sehen, dass wir bis 2007 effizienter wurden, seitdem ging es stetig bergab. Heute liegt Österreich neun Prozent unterhalb seiner Möglichkeiten: Platz 17 in der EU.

Abb. 2: Effizienzanalyse

Österreich nutzt sein Potenzial seit 2007 immer weniger

– Wirkungsgrad (= technische Effizienz) der österreichischen Volkswirtschaft im Zeitverlauf, in Prozent (100 = optimale Nutzung der verfügbaren Ressourcen)



Quelle: Eigene Berechnungen, Europäische Kommission.
Anmerkung: Die technische Effizienz wird anhand einer Stochastic Frontier Analysis für die 27 EU-Länder im Zeitraum von 1995 bis 2023 gemessen. Als unabhängige Variablen dienen der Kapitalstock (zu konstanten Preisen von 2015), die geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr und ein Trendparameter. Die abhängige Variable ist das Bruttoinlandsprodukt (zu konstanten Preisen von 2015). Das Modell basiert auf einem true fixed effects model (vgl. Greene, 2005; Belotti et al., 2013).

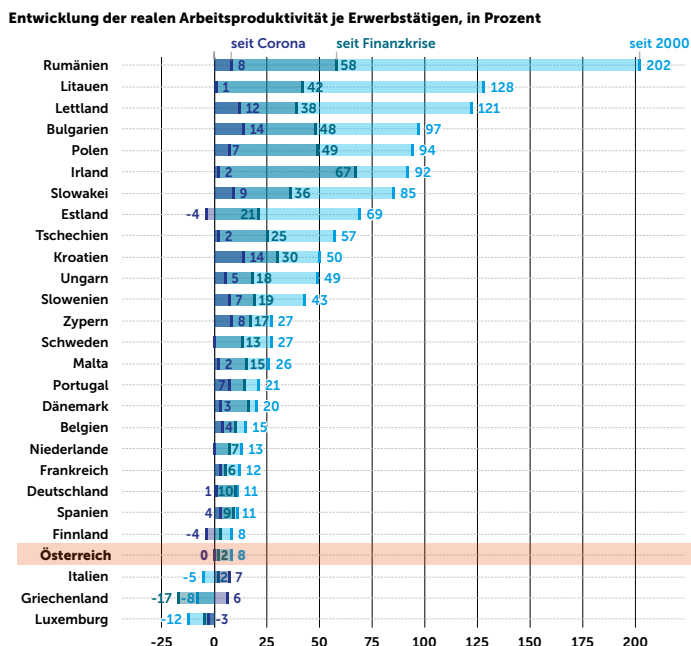
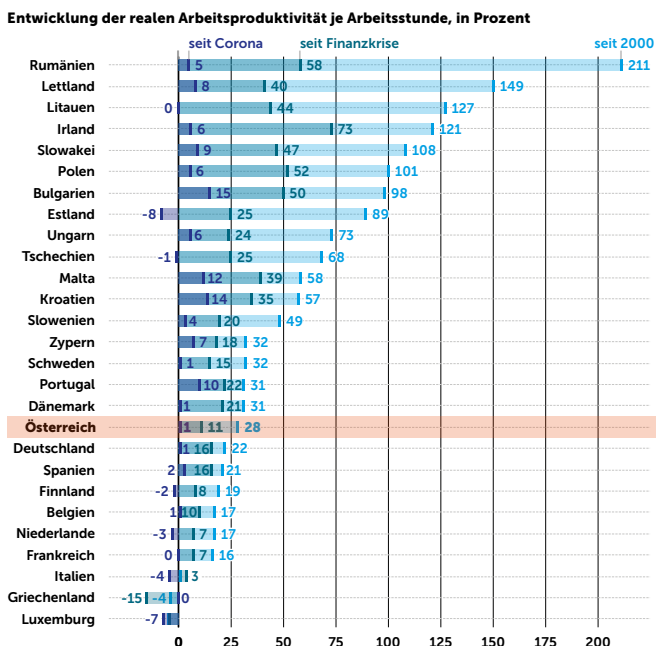


Nun lässt sich Wirtschaftswachstum natürlich nicht auf dem politischen Reißbrett entwerfen oder per Dekret verordnen. Doch die kommende Regierung hat viele Möglichkeiten, auf die größten Herausforderungen zu reagieren.

¹ Europäische Kommission (2024).

Abb. 3: Produktivität

Schwache Produktivitätsentwicklung in Österreich



Quelle: Eigene Berechnungen, Eurostat.
Anmerkung: Verglichen wird jeweils das 1. Quartal 2000, 2009 bzw. 2020 mit dem 1. Quartal 2024.



>> Herausforderung #1: Die Produktivität lahmt

Ernsthaft? DAS ist die größte Herausforderung für den österreichischen Wirtschaftsstandort? Nicht die extreme Abgabenbelastung, nicht die drohende Gasmangellage oder die Teilzeitpandemie? Der eines überbordenden Wirtschaftsliberalismus unverdächtige Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman sagte einmal: „Produktivität ist nicht alles, aber auf lange Sicht ist sie fast alles.“ Dieser Satz wird oft zitiert, aber der nächste ist eigentlich noch wichtiger: „Die Fähigkeit eines Landes, seinen Lebensstandard über die Zeit zu verbessern, hängt fast vollständig von seiner Fähigkeit ab, den Output pro Beschäftigten zu erhöhen.“² Doch Abbildung 3 zeigt, wie schwer wir uns in Österreich damit tun. Bei der Produktivität pro Arbeitsstunde (links) landen wir im EU-Vergleich seit 2000 immerhin noch halbwegs im Mittelfeld – obwohl wir seit Corona auf der Stelle treten. Doch bei der Produktivität je Erwerbstätigen (rechts) ist Österreich fast ganz am unteren Ende der Skala zu finden. Seit bald einem Vierteljahrhundert sind wir pro Kopf kaum produktiver geworden. Wie wollen wir dann pro Kopf reicher werden?

² Krugman (1997, S. 11), übersetzt durch den Verfasser.

>> Empfehlungen, um die Produktivität wieder zu steigern:

Man kann der Regierung nicht vorwerfen, dass sie keinen Rat einholen würde. Der per Gesetz eingeführte Produktivitätsrat hat erst kürzlich 47 Empfehlungen präsentiert, wie Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität in Österreich gestärkt werden könnten. Vielleicht können wir ein bisschen priorisieren und präzisieren:

Produktivität pro Kopf erhöhen: Mehr und länger arbeiten

Pro Kopf produktiver zu werden, ist nicht schwer: Man arbeitet einfach länger. Das hilft zwar nicht der Stundenproduktivität, aber schließlich sind es ja nicht die Stunden, die uns im Zuge des demografischen Wandels ausgehen, sondern die Köpfe. Und deren Besitzer arbeiten in Österreich eben immer weniger. Fast jeder dritte Erwerbstätige ist inzwischen teilzeitbeschäftigt. Zur Jahrtausendwende lag die Teilzeitquote bei den Männern noch bei vier Prozent (heute 13 Prozent) und bei den Frauen bei 32 Prozent (heute 51 Prozent). Mehr als ein Viertel der Teilzeitbeschäftigten geben in der aktuellen Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung an, dass sie schlicht

keine Vollzeitbeschäftigung wünschen. Sie können es sich also leisten, Teilzeit zu arbeiten. Hinzu kommt, dass die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit so ausgestaltet ist, dass sich ein Aufstocken von Teilzeit auf Vollzeit in kaum einem Land weniger lohnt als in Österreich. Wer pro Woche 40 statt 20 Stunden tätig ist, hat am Ende nur knapp 68 Prozent mehr netto. Dazu kommt die Geringfügigkeitsfalle, die stundenweise Beschäftigung plus Arbeitslosengeld zu attraktiv macht.

Vollzeitarbeit wird wieder beliebter, wenn sie steuerlich nicht mehr so drakonisch bestraft wird wie derzeit. Vor allem für mittlere Einkommensbezieher muss es eine deutliche Entlastung geben. Natürlich profitiert diese Gruppe auch mit, wenn die unteren Steuerstufen gesenkt werden, aber für den Anreiz und die Entscheidung, von Teilzeit auf Vollzeit zu gehen, ist die Grenzabgabenbelastung entscheidend – also das, was für einen zusätzlich verdienten Euro abgeführt werden muss. Und diese Grenzbelastung steigt für mittlere Einkommen eben stark an. Bei einer Flat Tax, wie von uns vorgeschlagen, wäre das nicht der Fall. Hier ist der Steuertarif (zumindest über weite Strecken) flach. Die Belastung des nächsten Euro ist genauso hoch wie die des letzten; erst bei der Höchstbeitragsgrundlage würde sich der Steuersatz noch einmal erhöhen. Außerdem sollte die Geringfügigkeitsfalle beseitigt werden, indem die Zuverdienstgrenze zumindest reduziert und das Ganze zeitlich begrenzt wird. Die Zuverdienstmöglichkeit soll Menschen nah am Arbeitsmarkt halten; es sollte aber nie ein Dauerzustand daraus werden.

Produktivität pro Stunde erhöhen: Durch technischen Fortschritt

Die Produktivität pro Stunde zu erhöhen, ist schon schwieriger. Dauerhaft besser oder schneller zu arbeiten, wird für viele kaum realistisch sein. Oder sogar unmöglich. Man stelle sich einen Busfahrer vor, der sein Gefährt mit hundert Sachen durch die Stadt jagt, um mehr Haltestellen pro Stunde zu erreichen. Daher wird das Thema von Arbeitnehmervertretern gern ins Lächerliche gezogen. Man könne eben nicht schneller arbeiten; zumindest sei es unmenschlich.

Und da haben sie auch recht. Darum geht es aber gar nicht. Menschen werden nicht produktiver, wenn sie von ihren Chefs lauter angebrüllt werden, sondern wenn sie die passenden Jobs in den richtigen Branchen haben, wenn sie dort gute Arbeitsbedingungen vorfinden und über die entsprechenden Qualifikationen verfügen. Dass es die guten, hochproduktiven Jobs hierzulande nicht in

dem Ausmaß gibt, in dem wir sie bräuchten, ist nicht die Schuld der Beschäftigten, sondern ein wirtschaftspolitisches Versäumnis. Die Informationsgesellschaften des 21. Jahrhunderts entstehen derzeit in den USA und in China. Wir haben dafür die Datenschutzgrundverordnung und das Gesetz über künstliche Intelligenz.

Ohne technischen Fortschritt gibt es aber kein Wachstum. Zumindest keines, das nachhaltig wäre und Wohlstand generiert. Robert Solow zeigte in seinem bahnbrechenden Modell, an dem noch heute kein Ökonomiestudent vorbeikommt,³ dass allein durch die Steigerung des Inputs der Pro-Kopf-Wohlstand irgendwann nicht mehr wächst. Ein Computer kann die Produktivität eines Mitarbeiters deutlich steigern; ein zweiter PC vielleicht noch weiter. Spätestens der fünfte PC schafft aber keinen zusätzlichen Output mehr. Langfristig wächst das Bruttoinlandsprodukt nur noch mit der Rate des technischen Fortschritts. Wenn die Rechenleistung des Computers zunimmt, kann der Mitarbeiter neue Aufgaben übernehmen und in kürzerer Zeit mehr erledigen.

Bis zu einem gewissen Grad kann daher die Produktivität durch Investitionen in Anlagen und Humankapital erhöht werden. Dauerhaft steigert man sie in der Praxis vor allem durch Forschung und Entwicklung (F&E). Hier hat Österreich im letzten Jahrzehnt tatsächlich einen sehr dynamischen Aufholprozess vorzuweisen. Die aktuelle Regierung setzte sich im Zuge ihrer FTI⁴-Strategie 2020 das Ziel, zu den innovationsstärksten Nationen aufzusteigen und die F&E-Quote zu erhöhen. Das ist gelungen; momentan liegt die F&E-Quote in Österreich bei 3,3 Prozent und damit in Europa unter den Top 3. Ein hoher Anteil der F&E-Finanzierung wird aber durch die öffentliche Hand erbracht. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) findet, dass die Ressourcen, die der österreichische Staat in F&E pumpt, längst ausreichend sind. In anderen Worten: Es braucht nicht noch mehr Geld; es geht darum, die Mittel effizienter zu nutzen. Oder, wie es die OECD (2018) bezeichnet: „From Inputs to Impacts“. Dazu wäre eine bessere Kontrolle der Outputs und eine Evaluierung der geförderten Projekte notwendig.

Öffentliche Forschungsausgaben sind wichtig für die Grundlagen- und angewandte Forschung. Damit gute Ideen zu wirtschaftlichem Erfolg führen, muss aber

³ Solow (1956).

⁴ FTI = Forschung, Technologie und Innovation

auch der private Anteil an der Forschungsquote erhöht werden. Innovationsstarke Länder weisen einen hohen Anteil privater (also Unternehmens-) F&E-Aktivitäten auf. Daher ist es notwendig, dass die kommende Regierung einen Fokus auf strukturelle Veränderung legt. Es gibt zwar hierzulande mit der Forschungsprämie ein für Unternehmen sehr attraktives Vehikel für die Unterstützung privater Forschungsanstrengungen. Eine umfassende Evaluierung der Forschungsprämie ist aber überfällig. Überhaupt empfiehlt die OECD, dass Österreich mehr auf direkte Unternehmensförderung setzen soll, um besonders risikoreiche Aktivitäten zu unterstützen.⁵ Im Gegenzug könnte dann die indirekte Förderung über steuerliche Anreize reduziert werden.

„Wachstumschancengesetz“ made in Austria

Wenn Deutschland voranschreitet und die Bedingungen für Investitionen im Land verbessert, dann sollte Österreich nicht nachstehen. Da aber das deutsche „Wachstumschancengesetz“ nicht annähernd so weit geht, wie die FDP sich das erhofft hatte, sollte sich unser Imitat mehr am Originalvorschlag orientieren. Dazu gehört auf jeden Fall die allgemeine Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter (wie es sie im Konjunkturstärkungsgesetz 2020 schon gab) und die „Superabschreibung“ für Investitionen in Klimatechnik und Digitales.⁶ Ebenfalls nötig ist ein kräftiges Auslichten der bürokratischen Anforderungen, indem viele Freigrenzen, Schwellenwerte usw. angehoben werden. Wenn das deutsche Paket in seiner Originalfassung eine Entlastung von sieben Milliarden Euro pro Jahr erzielen sollte, dann müssten wir in Österreich in Richtung einer Milliarde Euro kommen können. Besser zu viel als zu wenig. Hier ist Mut gefragt.

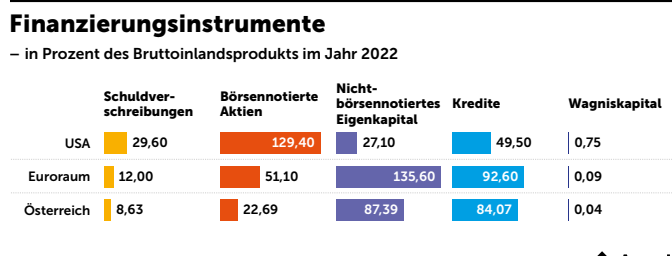
⁵ OECD (2023), S. 94.

⁶ Eine Superabschreibung erlaubt, einen großen Teil der Investitionssumme bereits in den ersten Jahren steuerlich geltend zu machen. Dies erhöht die Investitionsanreize für profitable Unternehmen, da die Sonderabschreibung den Gewinn und damit die Steuerschuld im jeweiligen Jahr reduziert. Es handelt sich aber nicht um eine Steuersenkung, sondern lediglich um eine Steuerverschiebung in die Zukunft.

**>> Herausforderung #2:
Der österreichische
Kapitalmarkt ist klein und
isoliert**

Was tun österreichische Unternehmer, wenn sie Geld brauchen? Sie rufen ihre Hausbank an. Das ist seit Jahrhunderten geübte Praxis. Die Bank wird die Sicherheiten checken und dann einen Kredit geben (oder eben nicht). Die Finanzierung der österreichischen Wirtschaft läuft vor allem über Kredite und nichtbörsennotiertes Eigenkapital (vgl. Abbildung 4).⁷ Das Problem: Wenn die Banken an die kurze Leine genommen werden – wie das seit der Finanzkrise der Fall ist –, dann sind Kredite schwieriger zu bekommen. Andere Geldgeber gibt es in Österreich aber kaum. Auch die Finanzierung über deutsche oder französische Banken ist schwierig, da es die EU nie zu einem echten gemeinsamen Kapitalmarkt gebracht hat. Die seit der Finanzkrise mäßige wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und Europas insgesamt wird allgemein zumindest zum Teil auf den schwachen Kapitalmarkt und die starke Fixierung auf Bankkredite zurückgeführt.

Abb. 4: Finanzierungsinstrumente



Quelle: Eigene Berechnungen, EZB, OECD, Sachverständigenrat.



Doch die Fremdfinanzierung über Banken ist für viele neue Geschäftsmodelle nicht mehr zeitgemäß. Ein digitales Start-up hat oft lediglich eine Idee im Gepäck und vielleicht eine App oder andere immaterielle Vermögenswerte. Eine Bank kann auf dieser Grundlage keinen Kredit vergeben. Wenig überraschend schneidet Österreich daher bei der Zahl an Start-ups im internationalen Vergleich zumeist schlecht ab.⁸ Start-ups sind aber für die Produktivitätsentwicklung eines Landes essenziell. Junge Unternehmen sind oft – neben ihrem Effekt auf Innovation und Markttransformation – für

⁷ Dieser Problembereich wurde auch im neu erschienenen OECD Country Review Austria spezifisch adressiert (OECD 2024, S. 61).

⁸ Vgl. z. B. OECD (2018), S. 90; OECD (2024), S. 61.

den Hauptanteil neu geschaffener Stellen verantwortlich.⁹ Da in Österreich aber kaum private Investoren zur Verfügung stehen, springt häufig der Staat als Financier ein. Das funktioniert eher mäßig, da öffentliche Risikokapitalfinanzierung nachweislich schlechter performt als eine über private Geldgeber.¹⁰ Es hat sich außerdem gezeigt, dass Unternehmen, die mit externem Eigenkapital finanziert werden, Marktchancen im Allgemeinen schneller wahrnehmen sowie einen höheren Professionalisierungsgrad, eine höhere Innovationsleistung und schnelleres Beschäftigungswachstum aufweisen.¹¹

>> Empfehlungen, um den Kapitalmarkt zu stärken und Start-ups richtig zu fördern:

Viele Reformen im Kapitalmarkt müssen auf europäischer Ebene angegangen werden. Die zuständige EU-Kommissarin Mairead McGuinness beklagte erst vor kurzem in der Financial Times, dass die Bremser der Kapitalmarktunion in den Hauptstädten saßen und keine Anstalten machten, eine Harmonisierung der Steuersysteme oder der Gläubigerschutzrechte voranzutreiben. Wien sollte in der EU eine starke Stimme dafür sein, dass die Kapitalverkehrsfreiheit endlich mit Leben erfüllt wird. Ein dickes Brett, das es zu bohren gilt. Doch auch in Österreich ist noch viel Luft nach oben:

Einen Dachfonds aufsetzen und betriebliche wie private Pensionsfonds stärken

Die Voraussetzungen für Investitionen in Start-ups müssen verbessert werden. Venture Capital (VC) sollte in den früheren Phasen mithilfe eines Dachfonds gestärkt werden;¹² zum Beispiel nach dem Vorbild des dänischen „Export and Investment Fund“. Der Dachfonds investiert selbst in eine Vielzahl von Fonds und kann somit das Risiko reduzieren. Neben Venture Capital kann auch in Aktienfonds oder andere Anlageklassen investiert werden, um auf diese Weise breit aufgestellt zu sein. In diesen Dachfonds wiederum kann der institutionelle Sektor, wie etwa Pensionskassen, Versicherungen oder Stiftungen, investieren, ohne zu viel Risiko zu nehmen. Die Venture-Capital-Initiative

⁹ Anyadike-Danes et al. (2015). Ebenso zeigt sich, dass sich die Produktivität österreichischer Firmen durch die bessere Verfügbarkeit von Venture-Kapital erhöhen würde (Sorbe et al. 2019).

¹⁰ Köppl-Turya et al. (2022).

¹¹ Gassler & Sellner (2015).

¹² Keuschnigg & Sardadvar (2019); OECD (2018), S. 95; OECD (2024), S. 62.

des Austria Wirtschaftsservice ([aws](#)) ist zwar durchaus vergleichbar mit den Aktivitäten des dänischen Dachfonds. Allerdings sind die erfolgten Investitionen wesentlich geringer. Es fehlen die großen Pensionsfonds als Kapitalgeber, da bei uns das staatliche Pensionssystem dominiert. In Schweden sind sie für mehr als die Hälfte der VC-Investitionen verantwortlich. Allein die Ausgestaltung unseres Pensionssystems erklärt also einen erheblichen Teil der untergeordneten Rolle von Start-up-Kapital im Land. Ein erster Schritt wäre daher der Ausbau der zweiten und dritten Säule im Pensionssystem und die Veranlagung am Kapitalmarkt, damit alle Arbeitnehmer im Land von wachsenden Unternehmenswerten profitieren.

Einführung steuerlicher Anreize für private Investoren

Ebenso schwach ausgeprägt ist in Österreich die Finanzierung von Start-ups über Business Angels.¹³ Eine Möglichkeit wäre hier die Schaffung von Steueranreizen für solche Investoren. In Ländern wie dem Vereinigten Königreich war das eine der Hauptkomponenten des Erfolgs.¹⁴ Denkbar wäre ein Modell wie das britische „Seed Enterprise Investment Scheme“, das Einkommensteuererleichterungen in Höhe von 30 Prozent der Investition bietet, wenn Geldgeber sich an kleinen Privatunternehmen beteiligen und ihr Engagement mindestens drei Jahre lang aufrechterhalten.

Gleichbehandlung von Fremd- und Eigenkapital

Die steuerliche Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital ist ein weiterer Ansatz, die eigenkapitalintensive Wagnisfinanzierung zu fördern. Während Kreditzinsen vom zu versteuernden Gewinn als Aufwand abzugsfähig sind, ist das bei Eigenkapital nicht der Fall. Die Abzugsfähigkeit von Eigenkapitalrenditen würde die steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital reduzieren.¹⁵ Zur kalkulatorischen Ermittlung könnten beispielsweise die variablen Unternehmenskreditzinssätze herhalten. Belgien hat eine steuerliche Abzugsfähigkeit im Jahr 2006 eingeführt und konnte in weiterer Folge die Eigenkapitalquote signifikant erhöhen (um circa drei Prozentpunkte).¹⁶ Italien setzte eine Maßnahme im Jahr 2011 um, die zumindest für neu eingebrachtes Eigenkapital eine Abzugsfähigkeit zulässt.¹⁷ Die empirische Evidenz deutet darauf hin, dass ein fiktiver

¹³ Gassler & Sellner (2015).

¹⁴ OECD (2024), S. 62.

¹⁵ Devereux & Freeman (1991).

¹⁶ Meki (2023).

¹⁷ Branzoli & Caiumi (2020).

Zinsabzug auf Eigenkapital tatsächlich einen positiven Effekt auf die Ausweitung des Eigenkapitals haben könnte.¹⁸ Auch die Verbesserung des Verlustausgleichs und Verlustvortrags könnte helfen, die eigenkapitalintensive Wagnisfinanzierung zu fördern.

Einführung und Aufbau von Finanzbildung an den Schulen

Die Verbesserung der Finanzbildung („Financial Literacy“) fordert die Agenda Austria schon lange. Um uns selbst zu zitieren: „Das Finanzsystem ist wie eine Fremdsprache, die man erlernen kann.“ Getan hat sich diesbezüglich in den letzten Jahren wenig. Das Sparbuch ist noch immer die bevorzugte Veranlagungsform der Österreicher. Die Verbesserung der Finanzbildung war in Schweden – seit jeher ein Land mit einer der höchsten Finanzbildungsquoten – ein entscheidender Grund für den hohen Anteil von Privatpersonen, die am Kapitalmarkt investieren und so auch das Angebot an Venture Capital hochhalten können. Die schwedische Finanzaufsichtsbehörde (FSA) bietet seit 2007 Finanzbildung an; seit 2008 sind Immigranten eine der Zielgruppen.

>> Herausforderung #3: Die starke Ablehnung des Freihandels

Ein kleines Land wie Österreich lebt naturgemäß sehr stark vom Freihandel. Der Wert der österreichischen Exporte entspricht mehr als der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Freier Handel kann also eine Menge für unseren Wohlstand tun und ist viel wichtiger als in Ländern mit großen Binnenmärkten, die es sich von Zeit zu Zeit erlauben können, ein bisschen Protektionismus zu betreiben. Doch so richtig scheint die Bedeutung einer offenen Volkswirtschaft weder bei den heimischen Politikern noch bei den Wählern angekommen zu sein. Die Österreicher zählen zu den globalisierungskeptischsten Völkchen Europas; nur die Franzosen sind noch kritischer. Wenig überraschend war es daher auch die scheidende Bundesregierung, die sich 2020 in Brüssel bei den Mercosur-Verhandlungen querlegte. Partikularinteressen sind im Zweifel immer stärker.

¹⁸ Vgl. z. B. Breyer et al. (2021).

>> Empfehlungen, um Österreich noch stärker nach außen zu öffnen:

Sicher, Österreich kann auch hier vieles nicht allein machen. Für die großen Linien der Handelspolitik ist die EU zuständig. Wenigstens sollten wir dort eine starke Stimme für den Freihandel sein. Aber auch zu Hause gibt es genug zu tun:

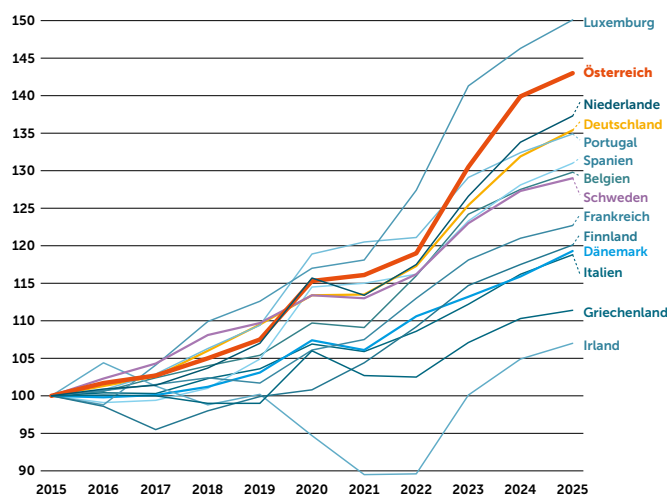
Die Lohnpolitik überdenken, die Arbeitskostenbelastung senken

Niemand kauft in Österreich, weil es hier so schön billig ist. Unsere Verkaufsargumente sind andere. Aber dennoch sollten unsere Lohnstückkosten auf Dauer nicht stärker steigen als bei relevanten Handelspartnern in Europa. Das tun sie aber (vgl. Abbildung 5).

Abb. 5: Lohnstückkosten

Wer will sich noch „made in Austria“ leisten?

– Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten, Index (2015 = 100, Landeswährung), inkl. Prognose bis 2025



Quelle: Europäische Kommission.



Die Löhne sind bei uns stärker gestiegen, weil die Inflation höher war und die Kollektivvertragsverhandlungen sich eben an der Teuerung der letzten zwölf Monate orientieren. Eine künftige Regierung kann erleichternd wirken, indem sie ihren Anteil am Kuchen reduziert. Davon war zuletzt leider wenig zu spüren.

Die fürstlichen Pensionserhöhungen von fast 10 Prozent im letzten Jahr – zu einem Zeitpunkt, als die Verhandlungen bei den Metallern noch nicht einmal begonnen hatten – konnte man schon fast als Eingreifen in die Kollektivvertragsverhandlungen deuten. Auch

der kräftige Lohnauftrieb im öffentlichen Dienst dürfte eine Sogwirkung auf die Löhne in der Privatwirtschaft gehabt haben.

Eine allgemeine Senkung der Arbeitsbelastung von derzeit 47 Prozent zumindest in Richtung des OECD-Durchschnitts von 35 Prozent sollte die Ambition sein. Ein Teil davon lässt sich durch eine Senkung der Lohnnebenkosten erreichen. Alle lohnfremden Bestandteile sollten vom Lohnzettel verschwinden und – wenn nötig – aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Dazu gehört zum Beispiel die Wohnbauförderung. Zudem sollte es verstärkt die Möglichkeit geben, Löhne und Gehälter auf Unternehmensebene auszuhandeln, wie dies beispielsweise in Dänemark, Deutschland oder Schweden häufig der Fall ist. Das hat den Vorteil, großen Unterschieden innerhalb einer Branche gerecht zu werden und flexibler auf Herausforderungen reagieren zu können.

Menschen über den Freihandel aufklären

Die Österreicher mögen Freihandel nicht besonders. Vielleicht sähe das anders aus, wenn Globalisierung in den Medien und in den Schulbüchern nicht als das Grundübel der Menschheit dargestellt würde. Freihandel ist kein Nullsummenspiel. Freihandel nutzt nicht die Armen aus, sondern hat sie in den letzten Jahrzehnten milliardenfach aus der Armut herausgeführt. Auch die Politik sollte ein klares Bekenntnis zum Freihandel abgeben und immer wieder erklären, wie viel jeder und jede in Österreich davon profitiert. Im aktuellen IMD World Competitiveness Index haben wir im Bereich „Attitudes and Values“ – dort werden die Einstellungen zum Thema Globalisierung abgefragt – besonders schlecht abgeschnitten (Platz 59 von 67). Das muss sich ändern.

>> Herausforderung #4: Die Bürokratie floriert, die Digitalisierung schleppt sich dahin

Die Bürokratie ist inzwischen die Schlinge um den Hals eines jeden, der in diesem Land eine Idee hat. Allein der Genehmigungsprozess für den Bau einer einfachen Lagerhalle dauert hierzulande 222 Tage und umfasst nicht weniger als elf Verwaltungsakte. Ja eh, dafür stürzen in Österreich selten Produktionsstätten ein und es gibt strenge Umwelt- und Arbeitsschutzstandards. Aber die gibt es in Dänemark oder Finnland auch. Und trotzdem dauert es dort nicht einmal 70

Tage. In Südkorea liegen zwischen der Idee und dem ersten Spatenstich gar nur 28 Tage. Die Hoffnung lag einmal auf der Digitalisierung, aber dieser Zug ist wohl auch schon abgefahren. Das fängt schon bei der Breitbandinfrastruktur an; so viel höher als in Russland sind die Downloadraten in Österreich jedenfalls nicht. Die elektronische Identität (eID), die eine Grundvoraussetzung für alles Digitale wäre, ist noch immer ein Minderheitenprogramm. In Estland oder Finnland hat sie jeder und benutzt sie mehrfach täglich. Das Bürokratiemonster ins Internet umzusiedeln, hat nichts mit Digitalisierung zu tun. Österreich muss leichtgängiger und zugleich digitaler werden.

>> Empfehlungen, wie Österreich zu entfesseln wäre:

Sie ahnen es schon: Die EU muss aktiv werden. Sie kippt das Kind gern mit dem Bade aus. Ihre Absichten sind lauter. Sie will unsere Daten schützen und uns vor den Gefahren der künstlichen Intelligenz bewahren. Sie will Kinderarbeit auf der ganzen Welt beseitigen und der Abholzung der Regenwälder ein Ende setzen. Das Problem: Die Vorschriften weltweit zu überprüfen und durchzusetzen, wird kaum möglich sein. Geschaffen werden lediglich Dokumentationsaufwand und Rechtsunsicherheit. Es fällt immer schwerer, zwischen CSRD, CSDDD und EUDR noch Europabegeisterung zu versprühen. Es gilt für die kommende Regierung, in Brüssel die richtigen Worte zu finden. Aber manches geht auch zu Hause:

Die juristische Grundlage für Deregulierung schaffen

Die türkis-blaue Bundesregierung brachte 2017 das „Deregulierungsgrundsatzgesetz“ an den Start. Paragraph 1 enthielt viele fantastische Punkte: Absatz 2 untersagte die Übererfüllung europäischer Vorschriften („Gold Plating“). Absatz 4 forderte, dass für jede neue Regelung eine alte entfallen sollte („One in, one out“). Absatz 5 wollte neue Gesetze regelmäßig evaluiert und von vornherein mit einem Ablaufdatum versehen haben („Sunset Clause“). Generell sollten Regulierungsmaßnahmen auf das absolut Nötige beschränkt werden. In unserer jugendlichen Naivität jubelten auch wir damals über das neue Gesetz.¹⁹ Die Ironie der Geschichte: Das Deregulierungsgrundsatzgesetz ging

¹⁹ <https://www.agenda-austria.at/publikationen/do-it-now/>, S. 59.

mit so gutem Beispiel voran, dass es selbst eine Sunset Clause hatte! Deshalb trat es im Jahr 2020 sang- und klanglos außer Kraft. Seitdem ist nichts an seine Stelle getreten. Letztlich ist das aber wohl kein großer Schaden, denn eine realpolitische Wirkung hatte das Gesetz ohnehin nie. Die offizielle Evaluierung kam zu dem nüchternen Schluss: „Vorhaben nicht erreicht“. Unsere simple Empfehlung lautet daher: Deregulierungsgrundsatzgesetz 2.0! Aber eben ohne Verfallsdatum und mit praktischer Durchschlagskraft.

Digitalisierung voranbringen

Dreh- und Angelpunkt ist die elektronische Identität. Sie ist nicht nur für den Kontakt mit Behörden hilfreich, sondern wird in erfolgreichen Ländern auch für private Dienstleistungen verwendet. Den Unternehmen sind die Hände gebunden, solange der Staat mit der eID herumtut. Schon bei der Einführung einer flächendeckend akzeptierten eID-Lösung sollte der Staat zum Beispiel mit Banken zusammenarbeiten. Auch der Breitbandausbau im ländlichen Raum muss beschleunigt werden; dort ist zwar die Bevölkerungsdichte geringer, doch viele der kleinen und mittelständischen Unternehmen sitzen dort und brauchen die digitale Infrastruktur dringend.

Wie auch immer die nächste Regierung also aussieht: Fad muss ihr nicht werden. Es gibt genug zu tun, um die österreichische Wirtschaft wieder in die Gänge zu bekommen. Damit es uns morgen besser gehen kann als heute.

Literatur

- Anyadike-Danes, M., Bjuggren, C.-M., Gottschalk, S., Hölzl, W., Johansson, D., Maliranta, M., Myrann, A. (2015).** An international cohort comparison of size effects on job growth. In: *Small Business Economics*, 44, 821–844.
- Belotti, F., Daidone, S., Atella, V., Ilardi, G. (2013).** SFPANEL: Stata module for panel data stochastic frontier models estimation. In: *Statistical Software Components*, S457636, Boston College Department of Economics.
- Branzoli, N., Caiumi, A. (2020).** How effective is an incremental ACE in addressing the debt bias? Evidence from corporate tax returns. In: *International Tax and Public Finance*, 27, 1485–1519.
- Breyer, P., Endlich, E., Huber, D., Oswald, D., Prenner, C., Reiss, L., Schneider, M., Waschiczek, W. (2021).** Corporate equity finance in Austria – impediments and possible improvements. In: *Monetary Policy & the Economy*, Oesterreichische Nationalbank, Q3/21, 39–57.
- Devereux, M., Freeman, H. (1991).** A General Neutral Profits Tax. In: *Fiscal Studies*, 12 (3), 1–15.
- Europäische Kommission (2024).** AMECO Online. Verfügbar unter: https://dashboard.tech.ec.europa.eu/qs_digit_dashboard_mt/public/sense/app/667e9fba-eea7-4d17-abf0-ef20f6994336/sheet/f38b3b42-402c-44a8-9264-9d422233add2/state/analysis/.
- Gassler, H., Sellner, R. (2015).** Risikokapital in Österreich. Ein Flaschenhals im österreichischen Innovationssystem? IHS – Policy Brief Nr. 10.
- Greene, W.H. (2005).** Reconsidering heterogeneity in panel data estimators of the stochastic frontier model. In: *Journal of Econometrics*, 126, 269–303.
- Keuschnigg, C., Sardadvar, S. (2019).** Wagniskapital zur Finanzierung von Innovation und Wachstum. Universität St. Gallen, WPZ Research. Online verfügbar unter: https://www.wpz-fgn.com/wp-content/uploads/RFTE_Wagniskapitalfinanzierung_20190604.pdf (abgerufen am 08.08.2024).
- Köppl-Turyna, M., Köppl, S., Christopoulos, D. (2022).** Government-backed venture capital investments and performance of companies: the role of networks. Research Paper No. 21. EcoAustria – Institute for Economic Research, Wien. Online verfügbar unter: https://ecoaustria.ac.at/wp-content/uploads/2022/07/RP21_GVC.pdf (abgerufen am 08.08.2024).
- Krugman, P. (1997).** *The Age of Diminished Expectations*. Third Edition. The MIT Press.
- Meki, M. (2023).** Levelling the debt–equity playing field: Evidence from Belgium. In: *European Economic Review*, 151, 104305.
- OECD (2018).** *OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018*. OECD Publishing, Paris.
- OECD (2023).** *Economic Policy Reforms 2023: Going for Growth*. OECD Publishing, Paris.
- OECD (2024).** *OECD Economic Surveys: Austria 2024*. OECD Publishing, Paris.
- Solow, R. (1956).** A Contribution to the Theory of Economic Growth. In: *Quarterly Journal of Economics*, 70, 65–94.
- Sorbe, S., Gal, P., Nicoletti, G., Timiliotis, C. (2019).** Digital Dividend: Policies to Harness the Productivity Potential of Digital Technologies. OECD Economic Policy Papers, 26. OECD Publishing, Paris.

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Jan Kluge

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Carmen Tremel, MSc.

Begutachtung

Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at